

## 16. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### der Abgeordneten Claudia Hämmerling (Bündnis 90/ Die Grünen)

vom 12. Juli 2007 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Juli 2007) und **Antwort**

#### **EFRE-Mittel für den öffentlichen Nahverkehr - wann lernt Berlin endlich von Brandenburg und Sachsen?**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: In welcher Höhe wird das Land Berlin von Anfang 2002 bis Ende 2007 Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr oder in Unterhaltungsmaßnahmen zugunsten des Övs verwandt haben?

Frage 2: In welcher Höhe wird das Land Berlin von Anfang 2002 bis Ende 2007 Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für Investitionen in oder die Unterhaltung des öffentlichen Straßenlandes verwandt haben?

Antwort zu 1. und 2.: Das Land Berlin wird von 2002 bis Ende 2007 für Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr insgesamt 307,8 Mio. € und für Investitionen des öffentlichen Straßenlandes insgesamt 71,8 Mio. € aus dem GVFG verwendet haben.

Frage 3: In welcher Höhe wird das Land Berlin von Anfang 2002 bis Ende 2007 Mittel aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für Investitionen in den öffentlichen Personenverkehr oder in Unterhaltungsmaßnahmen zugunsten des Övs verwandt haben?

Antwort zu 3.: Das Land Berlin hat im genannten Zeitraum keine Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr verwandt.

Frage 4: In welcher Höhe wird das Land Berlin von Anfang 2002 bis Ende 2007 aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für Investitionen in oder in Unterhaltung des öffentlichen Straßenlandes verwandt haben?

Antwort zu 4.: Das Land Berlin hat im genannten Zeitraum insgesamt ca. 23,4 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für den Neubau eines Teilschnitts der Tangentialen Verbindung Ost (TVO) zwischen „Straße An der Wuhlheide und Glienicker Weg“ verwandt.

Frage 5: Ist dem Senat bekannt, dass nach der im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten EFRE-Verordnung der EFRE die Umwelt und Risikovermeidung, u.a. durch die Förderung eines umweltverträglichen und nachhaltigen öffentlichen Personenverkehrs, insbesondere in städtischen Gebieten als eine Priorität festlegt? Wenn ja, in welcher Form hat diese Prioritätensetzung der europäischen Union Niederschlag in den verkehrlichen Investitions- und Unterhaltungsmaßnahmen des Landes Berlin gefunden? Wenn nein, warum nicht?

Antwort zu 5.: Dem Senat ist bekannt, dass in der EFRE-Verordnung auch die Förderung eines umweltverträglichen und nachhaltigen öffentlichen Personenverkehrs, insbesondere in städtischen Gebieten, festgelegt ist.

Im Entwurf des EFRE-OP, der zurzeit mit der Europäischen Kommission verhandelt wird, sind auch Maßnahmen zur Steigerung des umweltverträglichen Verkehrs enthalten (im Rahmen des Umweltentlastungsprogramms soll die Förderung von Umwelt-, Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystemen und „Sauberer Verkehr“ durchgeführt werden).

Frage 6: Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass beispielsweise die Länder Brandenburg oder Sachsen in ihrem operationellen Programm zur Unterlegung des EFRE im Gegensatz zu Berlin zahlreiche Maßnahmen zugunsten des ÖPNV aufgeführt haben, und welche Konsequenzen zieht der Senat daraus?

Antwort zu 6.: Im Gegensatz zu Berlin sind sowohl Brandenburg als auch Sachsen im Zielgebiet „Konvergenz“ eingeordnet, während Berlin die Förderung für die Strukturfonds in der Förderperiode 2007 - 2013 auf das Zielgebiet „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ ausrichten muss. Die Fördermöglichkeiten und die Zielrichtung sind im Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ wesentlich eingeschränkter. Dem Land Sachsen stehen in der Förderperiode 2007 - 2013 insgesamt 3,1 Mrd. € aus EFRE-Mitteln zur Verfügung, dem Land Brandenburg ca. 1,5 Mrd. €, während Berlin 875 Millionen € erhalten wird. Entsprechend den Vorgaben der Europäischen Kommission und dem Beschluss des Senats zur Strategie des Einsatzes der Strukturfonds in der neuen Förderperiode liegt der Schwerpunkt der Förderung darin, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Stadt zu stärken. In Umsetzung der Lissabon-Strategie, die durch Förderung von Bildung und Forschung sowie der wissensbasierten Industrien das Wirtschaftswachstum im Europäischen Binnenmarkt stärken will, greift die Strategie dazu gezielt die Stärken Berlins auf und setzt dort Impulse für Wachstum und Beschäftigung.

Frage 7: In welchem Verhältnis plant der Senat Mittel aus dem GVFG und dem EFRE in den nächsten Jahren zwischen Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen zugunsten des öffentlichen Straßenlandes und des öffentlichen Personenverkehrs zu verwenden?

Antwort zu 7.: Auf der Grundlage des Senatsbeschlusses vom 15.09.1993 (Neufassung vom 05.10.1993) werden derzeit die Mittel aus dem GVFG-Länderprogramm (in der Folge nach dem Entflechtungsgesetz - EntflechtG) im Verhältnis 75 % für den ÖPNV und 25 % für den kommunalen Straßenbau verwandt.

Frage 8: Welchen Beitrag leistet nach Ansicht des Senates die geplante Mittelaufteilung, um das im Sommer 2006 im Rahmen der Lokalen Agenda vom Abgeordnetenhaus beschlossene Ziel zu erreichen, die verkehrsbedingten Klimagasemissionen um 15 Prozent bis 2020 und um 25 Prozent bis 2030 und die verkehrsverursachte Luftschadstoffbelastung bis 2015 deutlich unter die Grenzwerte zu senken sowie die Lärmschutzgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung in allen bestehenden Wohngebieten einzuhalten und den Anteil des Umweltverbundes im Modal Split mittelfristig auf 66 Prozent in der Gesamtstadt bzw. 80 Prozent in der historischen Mitte und im Zentrum West zu erhöhen?

Antwort zu 8.: Die Verkehrsinvestitionsstrategie des Landes Berlin steht in Übereinstimmung mit dem Stadtentwicklungsplan Verkehr (StEP Verkehr), der derzeit vom Senat umgesetzt wird. Im StEP Verkehr wurden die Maßnahmen herausgearbeitet, mit denen u.a. die in der Frage 8 genannten Ziele der Senkung der Klimagasemissionen und der Luft- und Schadstoffbelastungen gesenkt werden können. Die Ergebnisse der Wirkungsanalyse haben gezeigt, dass die Erweiterung der heutigen Infrastruk-

tur des ÖPNV (weitere U-, S- und Straßenbahnlinien) in Berlin im Gesamtergebnis wenig dazu beiträgt, den Modal split zu verändern bzw. die Umweltbelastungen zu senken. Wirkungsvoller sind dagegen Maßnahmen des Parkraummanagements und der Verkehrsorganisation und die Verbesserung der Qualität der vorhandenen Infrastruktur. Die Zunahme der Klimagasemissionen ist im wesentlichen das Ergebnis der räumlichen Umverteilung der Bevölkerung (Trend zur Abwanderung von der Berliner Innenstadt in das Umland und in die Randlagen der Stadt und der damit verbundenen Zunahme der Wegelängen bzw. der Verkehrsleistungen). Eine deutliche Senkung der Klimagasemissionen kann vorrangig erreicht werden durch raumstrukturelle Maßnahmen (z.B. Vermeidung von Zersiedlung des Umlandes) und durch eine entschiedene Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs.

Der Senat hat daher als erstes Bundesland einen Paradigmenwechsel in der Investitionsstrategie vollzogen. Erweiterungen der Verkehrsinfrastruktur für Schiene und Straße wird es nur noch in Ausnahmefällen geben, Vorrang hat die Qualitätsverbesserung der vorhandenen Infrastruktur, aber auch eine Umverteilung der Ausgaben zugunsten des Radverkehrs. Im Gegensatz zu Berlin setzen Sachsen und Brandenburg ca. 50 % der GVFG-Mittel für die Straße ein. Berlin ist außerdem das einzige Bundesland, das die Regionalisierungsmittelkürzungen des Bundes für den SPNV durch Landesmittel zu 100 % ausgeglichen hat; in Sachsen und Brandenburg wurden nur 30 % durch Einstellung von Landesmitteln ausgeglichen, so dass es hier zu Angebotsverschlechterungen im ÖPNV kam. Für Berlin gibt es daher hinsichtlich der Förderung des Umweltverbundes nichts von Sachsen bzw. Brandenburg „zu lernen“.

Berlin, den 30. August 2007

In Vertretung

K r a u t z b e r g e r

.....  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. August 2007)